

# Stadtpolizeiliche Statistik 2018



## Redaktion

Matthias Heinrich (verantwortlich)

 +49 (0)69 212 40010  
 matthias.heinrich@stadt-frankfurt.de

## Unter der Mitarbeit von

Gerald Glamser, Steffen Gransow, Heinz-Walter Giesel, Sabine Loos

Alle Rechte vorbehalten  
© Stadt Frankfurt am Main

Bilder: Adam Nowak

## Bezugsadresse:

Stadt Frankfurt am Main

 ORDNUNGSAMT

- Stadtpolizei -  
Kleyerstraße 86

60326 Frankfurt am Main

 +49 (0)69 212 44044  
 +49 (0)69 212 32890  
 sicherheit@stadt-frankfurt.de  
 www.ordnungsamt.frankfurt.de

Im Mai 2019

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorworte	4 - 6
<b>Service und Organisation</b>	
Organisationsaufbau der Stadtpolizei	8
Aufgaben und Zuständigkeiten der Stadtpolizei	9
Sicherheitstelefon	11
Sicherheitsmobil	12
<b>Streifen und Ermittlungstätigkeiten</b>	
Streifendienst	14
Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten	16
<b>Fallzahlen nach Aufgabenbereichen</b>	
Kfz.- und Wohnsitzermittlungen	18
Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht	20
Abfallermittlungen/Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	21
Gewerbeüberwachung und Sondernutzungskontrollen	22
Gesundheitsaufsicht	24
Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung	25
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen	26
<b>Besondere Tätigkeiten und Einsatzmaßnahmen</b>	
Verstöße rund ums Auto	29
Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden	30
Waffenkontrollen	32
Testkäufe Alkohol	33
Besondere Einsatzmaßnahmen	34
<b>Repressive Maßnahmen</b>	
Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen	36
Sonstige repressive Maßnahmen	37
Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung	38
Einleitung von Strafverfahren durch die Stadtpolizei	39
Wachen der Stadtpolizei	40

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Frankfurt am Main ist eine Stadt mit vielen Besonderheiten, die für alle Akteure auf dem weiten Feld der Sicherheit und Ordnung große Herausforderungen für deren tägliche Arbeit mit sich bringen. Neben Deutschlands Finanzmetropole ist sie mit ihrem internationalen Flughafen, dem Hauptbahnhof und dem dichten Fernstraßennetz der Verkehrsknotenpunkt in Europa. In der Metropolregion „Rhein-Main“ ist Frankfurt Industriestandort und zugleich die Sport-, Kultur- und Freizeitstadt in Hessen. Wo sich täglich in der Spitze über eine Million Menschen aufhalten, wo Ethnien aus fast 180 Nationen zu Hause sind und wo die kulturelle Vielfalt so ausgeprägt wie in wenigen anderen bundesdeutschen Städten ist, bedarf es einer differenzierten und effizienten Sicherheitsarchitektur.



Die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in Frankfurt am Main ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ziel ist es, ein engmaschiges Netz an staatlichen aber auch privaten Organisationen zu erstellen, die für Sicherheit und Ordnung eintreten, um so den Menschen in unserer Stadt einen lebens- und lebenswerten Platz zum Wohnen, Arbeiten und zur Gestaltung ihrer Freizeit zu garantieren. Wir treffen in Frankfurt auf gut funktionierende und sich gegenseitig motivierende Strukturen aus Gesellschaft, Verwaltung, Kultur, Sport und Politik. Und auch wenn es hier und da Konflikte und Reibereien gibt, blicke ich stolz und froh auf ein friedliches und mit gegenseitiger Anerkennung und Respekt stattfindendes Miteinander in unserer Stadt. Frankfurt am Main ist ein sicherer und lebenswerter Ort mit einer intakten Stadtgesellschaft.

Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung bestimmen für viele Menschen in Frankfurt am Main den Grad ihrer Lebensqualität. Damit auch in Zukunft unsere Kinder behütet aufwachsen, Erwachsene ihren Wünschen und Träumen folgen und Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend genießen können, ist ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen Sicherheitsakteuren von Bund, Land und Kommune notwendig. Die Stadtpolizei des Ordnungsamtes ist ein wichtiger Baustein dieser städtischen Sicherheitsarchitektur. Wir haben in den letzten Monaten dafür insgesamt 18 neue Kräfte intern ausgebildet und freie Stellen besetzen können. Zum 1. Mai und 1. August 2019 beabsichtigen wir in gleicher Größenordnung noch weitere Stadtpolizistinnen und -polizisten einzustellen, um die personelle Ausstattung der Stadtpolizei den Bedürfnissen der Menschen in dieser Stadt anzupassen. Eine gute interne Ausbildung sowie moderne Ausrüstung sorgen dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht nur im Rahmen des täglichen Streifen- und Präsenzdienstes sondern auch bei Schwerpunktaktionen oder beim Besuch der Stadtteile mit dem Sicherheitsmobil den Menschen ein sicheres Gefühl geben können. Mit ihrem Wirken gelingt es der Stadtpolizei täglich, Frankfurt am Main zu einer sicheren und damit attraktiven und lebenswerten Stadt zu machen.

Ich freue mich sehr, Ihnen die bereits neunte Stadtpolizeiliche Statistik präsentieren zu dürfen. Überzeugen Sie sich selbst von den Leistungen einer Sicherheitsbehörde, die für viele Menschen ein zuverlässiger Partner eines sicheren Lebens in Frankfurt am Main ist.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Markus Frank', written in a cursive style.

Markus Frank  
Dezernent für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr

Liebe Leserinnen und Leser,

in Ihren Händen halten Sie die nun schon neunte Ausgabe der Jahresstatistik unserer Stadtpolizei des Ordnungsamtes. Ich freue mich jedes Jahr aufs Neue, Ihnen in komprimierter Form einen Überblick über das Wirken der Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten geben zu können. Wie in den vergangenen Jahren, ist auch diese Übersicht gespickt mit Zahlen, Vergleichen und Entwicklungen darüber, was unsere Bediensteten in den letzten 12 Monaten erreicht haben. Die Stadtpolizei hat sich seit ihrer Neu-Gründung im Jahr 2007 kontinuierlich weiterentwickelt und nimmt mittlerweile einen unverzichtbaren Platz in den Reihen der Sicherheitsprotagonisten unserer Stadt ein. Es ist mir eine Freude und Anliegen, Ihnen mit dieser Statistik das tägliche Engagement der Bediensteten der Stadtpolizei aufzeigen zu können, die in Durchsetzung meist kommunaler Vorgaben, aber auch von landes- und bundesgesetzlichen Regelungen, Frankfurt am Main zu dem sicheren und sauberen Ort machen, den Sie kennen.



Frankfurt am Main ist eine in vielerlei Hinsicht aufstrebende Stadt. Nirgendwo sonst in Deutschland vollzieht sich der Wandel so schnell wie hier. Während in der Innenstadt neue Wolkenkratzer in den Himmel schießen, werden Planungen neuer Stadtteile in den Außenbezirken vorangetrieben. Die Einwohnerzahl ist in den letzten zehn Jahren um 100.000 Menschen auf rund 750.000 Einwohner gestiegen. Menschen aus nah und fern zieht es nach Frankfurt. Ein hoher Lebensstandard, ein großes Maß an Sicherheit und Ordnung sowie ein reichhaltiges Angebot an Kultur, Sport und Unterhaltung sorgen für ein immenses Wachstum. Die hierdurch erwachsenen Herausforderungen sind gewaltig und treffen auch uns als Stadtpolizei des Ordnungsamtes.

Der Entwicklung Frankfurts muss auch die Stadtpolizei standhalten. Wir haben daher in den letzten Jahren viel unternommen, damit unsere Stadtpolizei gut ausgebildet und innovativ mit bürgerfreundlichen Konzepten für die Menschen in Frankfurt da sein kann. Als Bindeglied zwischen Sicherheitsakteuren von Bund und Land sowie der Stadtverwaltung Frankfurt am Main sehen uns viele Menschen als unverzichtbaren Bestandteil der Frankfurter Sicherheitsarchitektur.

Die „Stadtpolizeiliche Statistik 2018“ zeigt mir persönlich die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Frankfurter Stadtpolizei für uns als Gemeinschaft. Sie dient neben der Darstellung unseres Handelns auch als Wertschätzung für die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten hinsichtlich ihres wichtigen Beitrags für ein sicheres Miteinander in Frankfurt am Main.

Ich danke auf diesem Wege allen Bediensteten für ihr vorbildliches Eintreten für die Belange der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Das positive Feedback, dass ich die letzten Jahre über die Tätigkeit der Stadtpolizei erhalten habe, bestätigt mich in meiner Überzeugung, den eingeschlagenen Weg einer bürgerorientierten Stadtpolizei weiterzuverfolgen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine informative Lektüre. Ich hoffe, Sie erhalten interessante Einblicke in die Erfolge einer Stadtpolizei, die auch zukünftig mit engagiertem Handeln und viel Leidenschaft dazu beitragen wird, dass Frankfurt am Main das bleibt, was es ist: Die sichere Main-Metropole mit Herz!

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Jörg Bannach'. The signature is stylized and cursive.

Jörg Bannach  
Leiter des Ordnungsamtes

## Schwerpunkte 2018

Im Jahr 2018 konnte der Personalbestand der Stadtpolizei durch Neueinstellungen verbessert werden, was sich in der gestiegenen Zahl der Streifenstunden um rund 3.100 gegenüber dem Vorjahr widerspiegelt. Der hohe Anteil an Fußstreifen, die seit Jahren einer der Schwerpunkte der stadtpolizeilichen Tätigkeiten sind, konnte auf annähernd gleichen Niveau wie im Vorjahr gehalten werden. Die Fußstreifentätigkeiten in den Schwerpunkt-bereichen Innenstadt- und Bahnhofsgebiet konnten erstmals auf über 50 % gesteigert werden.



Aus dieser verstärkten Kontrolltätigkeit vor Ort resultiert auch die nochmals gestiegene Anzahl an Personenüberprüfungen auf nunmehr rund 24.000. Auch die Zahl der Fahrzeugüberprüfungen konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. An diese Überprüfungen schlossen sich entsprechende weitergehende Ermittlungen und Maßnahmen an, die in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren mündeten und explizit zur Verbesserung der Sicherheitslage in Frankfurt am Main beigetragen haben.

Im Bahnhofsgebiet, das weiterhin einer der Schwerpunkte der täglichen stadtpolizeilichen Maßnahmen ist, wurden im Rahmen des Projektes „OSSIP“ seitens der Stadtpolizei zahlreiche Überprüfungen von Personen, die der Betäubungsmittelszene zuzuordnen sind, durchgeführt sowie Sicherstellungen von Betäubungsmitteln vorgenommen. Die Anzahl der Personen, die sich zum Zwecke des Drogen- und Alkoholkonsums in der B-Ebene des Hauptbahnhofs aufhalten, konnte deutlich reduziert und der Gesamtzustand in diesem Bereich verbessert werden.

Die Anzahl der eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen aggressiven Bettelns in der Innenstadt konnte gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden und erreichte mit 433 einen neuen Höchststand.

Die Anzahl der Kontrollen im Bereich des Gewerberechts konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Hier spiegeln sich die intensivierten Kontrollmaßnahmen des Reisegewerbes sowohl in der Innenstadt als auch am Stadion wider.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Stadtpolizei ist die Kontrolle von Shisha-Bars. Die durchgeführten Maßnahmen konnten gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden. Hierzu tragen insbesondere die wiederholt durchgeführten Aktionstage bei, die auch künftig konsequent durchgeführt werden.

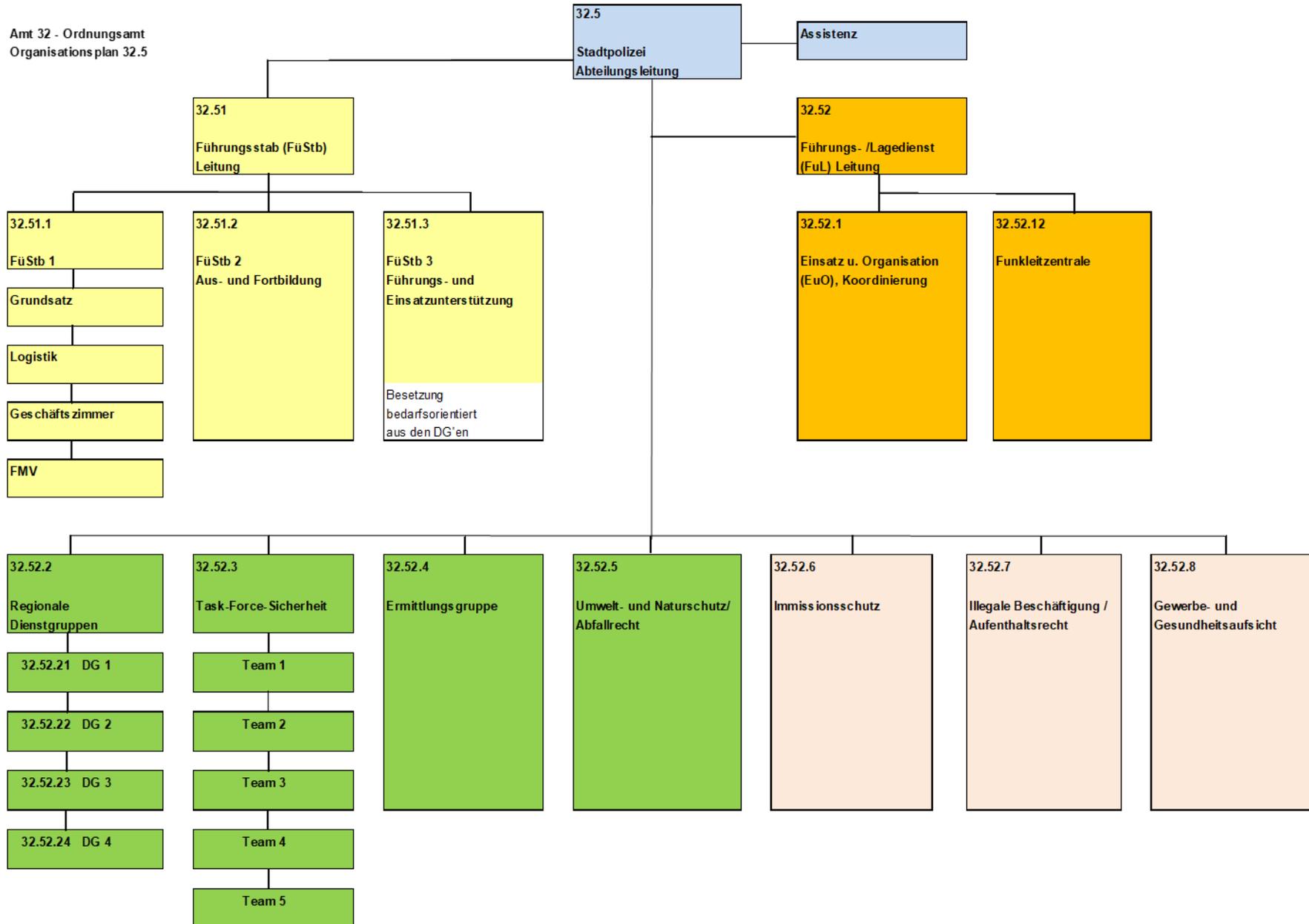
Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtpolizei, die auch 2018 mit hohem Engagement und Motivation diese guten Ergebnisse erreicht haben!

Ihr

Matthias Heinrich  
Leiter der Stadtpolizei

# **Service und Organisation**

Amt 32 - Ordnungsamt  
Organisationsplan 32.5



## Aufgaben und Zuständigkeiten der Stadtpolizei (von A – Z)

- **Abfallrecht** (Ermittlungen bei illegalen Mülldeponien in den Außenbereichen und illegalen Sperrmüllablagerungen, Ahndung bei „Entsorgung“ von Kleinabfällen im öffentlichen Verkehrsraum)
- **Ausländerrecht** (Vollstreckung von Abschiebungen, Ermittlung illegaler Personen, ausländerrechtliche Überprüfungen)
- **Fischereirecht** (Streifendienste und Sonderaktionen an den Gewässern, wie z.B. an Main und Nidda)
- **Gefahrenabwehr** (Sofortige Störungsbeseitigung bei Unfällen, Schutz privater Rechte, Erteilung von Platzverweisen bei störendem oder gefährdendem Verhalten von Personen, Hilfeleistungen, Erstversorgung von hilflosen Personen)
- **Gefahrenabwehrverordnung** (auszugsweise: Vorgehen gegen aggressives und organisiertes Betteln, Betteln mit oder durch Kinder, zweckfremde Nutzung von öffentlichen Toilettenanlagen, Lagern zum Konsum von Betäubungsmitteln, Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum auf Spielplätzen und Schulhöfen, Überwachung des Leinenzwangs bei Hunden, Alkoholkonsum an den Abgängen zu den B-Ebenen, Graffitibekämpfung)
- **Gesundheitsaufsicht** (Einschreiten bei Vorhandensein von Infektionsgefahren durch Schädlingsbefall und Ratten, Unterbringung von psychisch kranken Personen)
- **Gewerbe- und Gaststättenrecht** (Kontrollen der gaststättenrechtlichen Auflagen und Konzessionen, Überprüfung des angestellten Personals hinsichtlich illegaler Beschäftigung bzw. dem Infektionsschutzgesetz, Überwachung des Reisegewerbes, der Sommergärten, Warenauslagen im Einzelhandel, Wettbüros sowie Spielotheken)
- **Glücksspielrecht** (Kontrollen von genehmigten Tombolen und Ausspielungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, einschließlich Überprüfung der Auflagen)
- **Grünanlagensatzung** (Einschreiten bei nicht angeleiteten Hunden, beim Grillen, Zelten, widerrechtlichen Parken und bei Sachbeschädigungen)
- **Hausrecht** (Durchsetzung des Hausrechts in allen städtischen Verwaltungsgebäuden)
- **Immissionsschutzrecht** (Lärmbeschwerden bezüglich Gaststätten, aus der Nachbarschaft, bei Veranstaltungen sowie Geruchsbelästigungen)
- **Jugendschutzrecht** (Zuführung an die Eltern in den Nachtstunden bzw. an das Jugendamt oder die Polizei bei „Heimausreißern“ sowie Überwachung des Verbots von Alkoholausschank bzw. -verkauf an Jugendliche)
- **Kampfhunde** (Überprüfung, Ermittlung, Sicherstellung und Einziehung)
- **Ladenöffnungsrecht** (Überwachung von Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr mit Kunden hinsichtlich der Einhaltung der Ladenschlusszeiten, insb. an Sonn- und Feiertagen)
- **Melderecht** (Wohnsitzermittlungen im Auftrag städtischer Ämter oder anderer Behörden, Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Meldegesetz)
- **Nichtraucherschutzrecht** (Überprüfung von gastronomischen Betrieben hinsichtlich der Einhaltung bestehender Rauchverbote)
- **Personenbeförderungsrecht** (Taxenkontrollen über das Mitführen der Auszüge aus den Genehmigungsurkunden, Personenbeförderungsscheinen, Eichbescheinigungen der Taxameter und Überprüfung der Sauberkeit der Fahrzeuge)

- **Prostitution, Bekämpfung der verbotenen Prostitution** (Die Kontrollen sollen dazu beitragen, dass die Bestimmungen der Sperrgebietsverordnung durch Straßenprostitution eingehalten werden)
- **Straftaten, Ordnungswidrigkeiten** (Aufnahme von Strafanzeigen und Ordnungswidrigkeiten, Erstattung von Amts wegen, Unterstützung der Landespolizei)
- **Straßenverkehrsrecht** (Beschlagnahmung von Führerscheinen auf Grund richterlicher Beschlüsse, Wohnungsdurchsuchungen im Rahmen der Einziehung von Fahrerlaubnissen bei Vorliegen richterlicher Durchsuchungsbeschlüsse, Ermittlungen bzw. Einleitung von Strafverfahren bei Missbrauch oder Fälschung von Behindertenausweisen, Gefahrenabwehr bei Trunkenheit am Steuer, unsicherer Ladung, Überwachung von gesperrten Wegen und Feldgemarkungen, Ahndung von Fahrzeugmängeln)
- **Straßenverkehrszulassungsrecht für Kraftfahrzeuge** (Ermittlungen und Vollstreckungsmaßnahmen - Entstempelung des Kennzeichens - für die Kfz-Zulassungsstelle bei nicht vorhandenem Versicherungsschutz, bei Kraftfahrzeugsteuerschulden oder bei technischen Mängeln)
- **Umwelt- und Naturschutzrecht** (Verhinderung bzw. Feststellung von Verstößen gegen naturschutzrechtliche Bestimmungen)
- **Versammlungsrecht** (Unterstützung der zuständigen Abteilung bei Demonstrationen und Versammlungen)
- **Vollzug des Schulzwangs** (Zwangweise Zuführung von Schulverweigerern an die Schulen nach den Vorschriften des Hessischen Schulgesetzes)
- **Waffenrecht** (Kontrollen des verbotenen Waffenhandels im Reisegewerbe und Marktverkehr, verdachtsunabhängige Kontrollen bei Waffenbesitzerinnen und -besitzern)
- **Wasserrecht** (Feststellung wasserrechtswidriger Zustände - unzulässige Einleitung in und Entnahme aus Gewässern, Grundwassernutzungen, Verunreinigung des Erdreiches - und Unterrichtung der Unteren Wasserbehörde im Umweltamt)

## Sicherheitstelefon

Die Anzahl der Anrufe beim Sicherheitstelefon unterlag, wie in den Vorjahren, den üblichen Schwankungen. Wie im Jahr zuvor sind die Anrufe im Zusammenhang mit den sogenannten „Problemgruppen“ angestiegen. Grund hierfür ist die gestiegene Anzahl an obdachlosen Personen/-gruppen, hauptsächlich im Bereich der Innenstadt, die durch ihr Verhalten und das Lagern im öffentlichen Raum zunehmend zu Beschwerden führten.

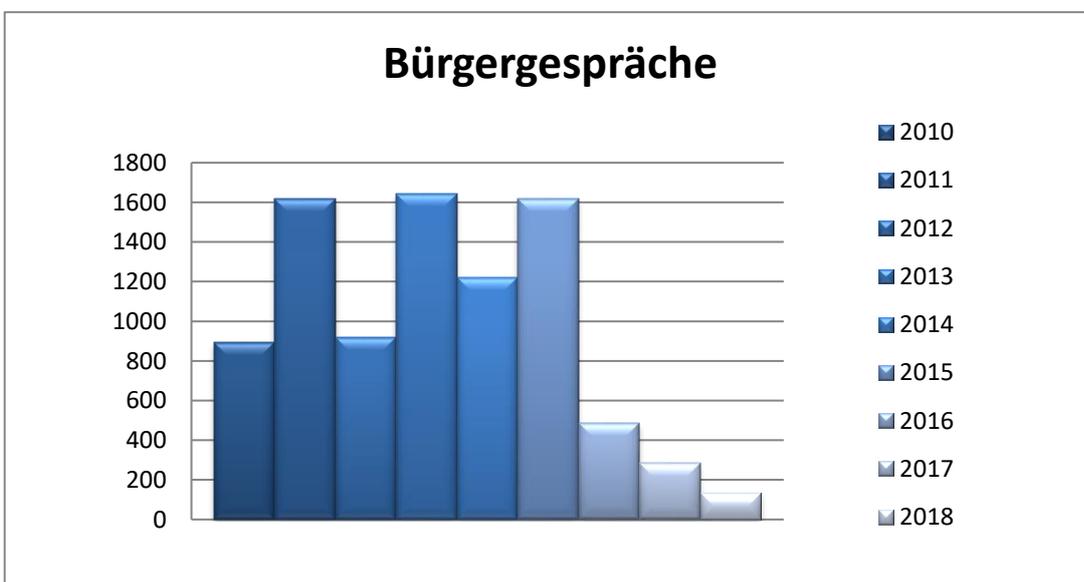
Anrufe bei 069-212-44044	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>13.683</b>	<b>16.727</b>	<b>14.786</b>	<b>16.196</b>	<b>14.811</b>	<b>17.042</b>	<b>18.234</b>	<b>17.314</b>	<b>16.262</b>
Lärm/Ruhe- störungen	3.235	3.173	2.479	2.648	2.469	2.783	2.319	2.472	2.564
Umwelt- und Naturschutz	2.181	1.407	1.302	1.449	1.201	1.131	716	518	604
Thematik Hunde	504	267	240	308	325	207	156	155	180
Problemgruppen (z. B. aggressive Bettler/-innen, lagernde Personen- gruppen)	392	507	474	869	695	697	609	756	808
Thematik Straßenverkehr	3.948	3.907	3.508	3.694	3.600	4.631	4.861	4.779	4.052
Allgemeine Auskünfte/sonsti- ge Maßnahmen	3.423	5.964	5.389	5.538	4.765	6.235	5.877	4.741	3.667
Zuständigkeit anderer Behörden	nicht erfasst	1.502	1.394	1.690	1.363	1.133	2.228	2.363	2.865
Sonstige Maßnahmen der Gefahrenabwehr	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst	1.468	1.530	1.526

## Sicherheitsmobil

Die Zahl der Einsätze des Sicherheitsmobils blieb auf dem Niveau des Vorjahres, wobei trotz der nach wie vor reduzierten Termine nahezu alle Stadtteile angefahren wurden. Die Erhöhung der Standzeiten vor Ort führte zu einer deutlich gestiegenen Anzahl von Bürgergesprächen.

Die jeweiligen Einsatztermine des Sicherheitsmobils in den Stadtteilen werden in der Presse veröffentlicht, können aber auch jederzeit über die Homepage der Stadt Frankfurt am Main „[www.frankfurt.de](http://www.frankfurt.de)“, unter dem Suchbegriff „Sicherheitsmobil“, abgerufen werden.

Einsätze des Sicherheitsmobils	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl der Einsätze	132	176	134	133	107	79	74	47	51
Standzeiten (in Stunden)	516	564	523	521	466	418	147	94	135
Anzahl der Bürgergespräche	892	1.621	917	1.641	1.223	1.618	485	285	394



# **Streifen und Ermittlungstätigkeiten**

## Streifendienst

Um das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken, sind präventive Streifengänge, insbesondere an Brennpunkten, ein wichtiges Instrument. Seit zwei Jahren finden diese nochmals verstärkt in der Innenstadt und dem Bahnhofsviertel statt, um Verstößen, vor allem nach der Gefahrenabwehrverordnung, entgegenzuwirken.

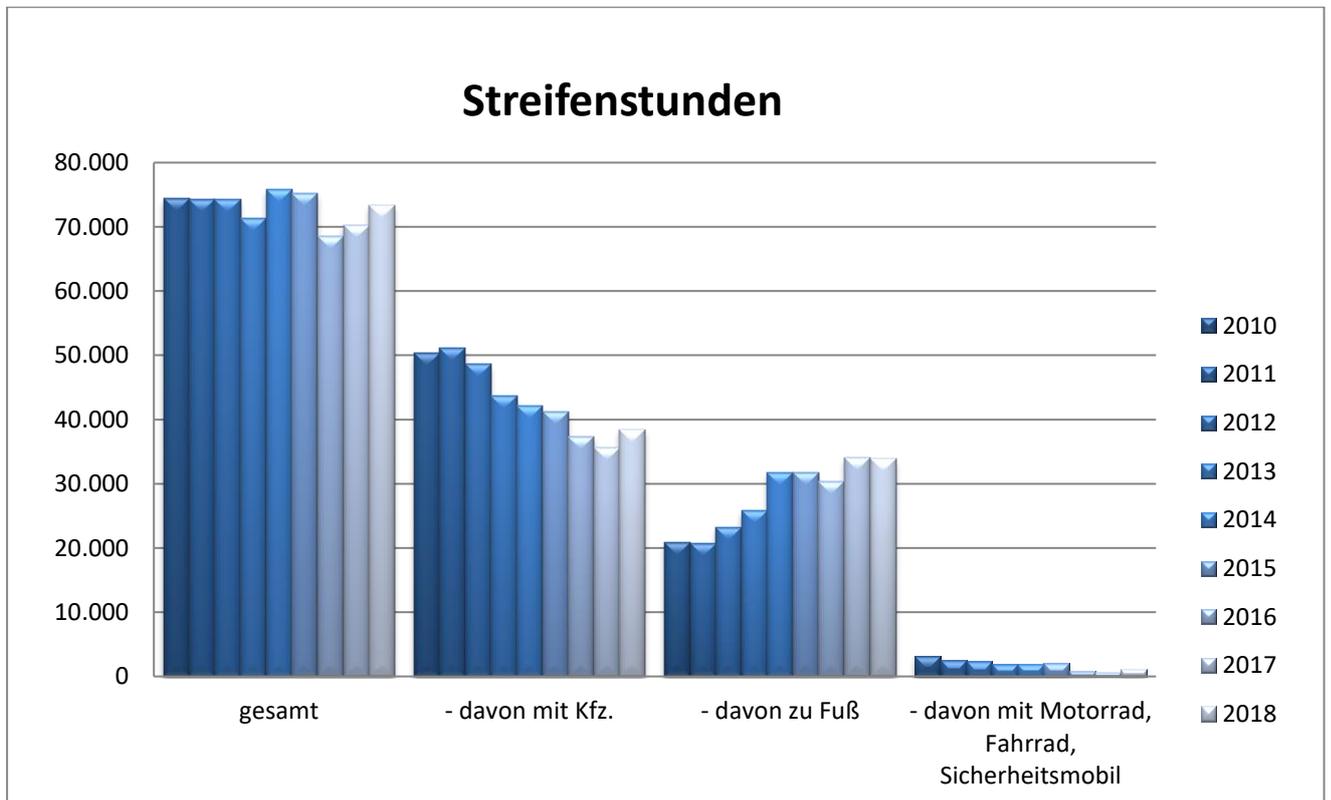
Während 2010 jede dritte Streifenstunde in diesen Bereichen stattfand, ist inzwischen eine fast gleichwertige Aufteilung zum übrigen Stadtgebiet eingetreten. Das ist auch insgesamt die Ursache für die Erhöhung des Fußstreifenanteils, weil eine zielführende Streifentätigkeit in den angesprochenen Bereichen quasi nur „per pedes“ möglich ist.

Nach dem zwischenzeitlichen Rückgang der Streifenstunden 2016 und 2017 ist mit der Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine positive Entwicklung der Streifenstunden eingetreten und auch weiterhin zu prognostizieren.

### **Fußstreifen – Streifengänge in den Stadtteilen**

<u>Jahr</u>	<u>Entwicklung der Fußstreifenstunden am Gesamtstreifenaufkommen:</u>	<u>Anteil aller Streifen im Innenstadt-/Bahnhofsgebiet:</u>
<b>2010:</b>	28,0%	34,4%
<b>2011:</b>	27,9%	35,9%
<b>2012:</b>	31,4%	32,0%
<b>2013:</b>	36,1%	33,7%
<b>2014:</b>	41,9%	37,5%
<b>2015:</b>	42,3%	34,7%
<b>2016:</b>	44,3%	36,0%
<b>2017:</b>	48,4%	48,2%
<b>2018:</b>	46,2%	53,3%

Streifenstunden	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>74.386</b>	<b>74.308</b>	<b>74.188</b>	<b>71.328</b>	<b>75.807</b>	<b>75.228</b>	<b>68.479</b>	<b>70.300</b>	<b>73.404</b>
- davon mit Kfz.	50.355	51.109	48.620	43.657	42.153	41.259	37.318	35.626	38.441
- davon zu Fuß	20.832	20.698	23.268	25.784	31.748	31.823	30.348	34.042	33.877
- davon mit Motorrad, Fahrrad, Sicherheits- mobil	3.199	2.501	2.300	1.887	1.906	2.146	813	631	1.086
Streifenstunden Innenstadt / Bahnhofsgebiet	25.567	26.709	23.752	24.071	28.428	26.140	24.629	33.903	39.157
Streifenstunden in den Stadtteilen	48.819	47.599	50.436	47.257	47.379	49.088	43.850	36.397	34.247

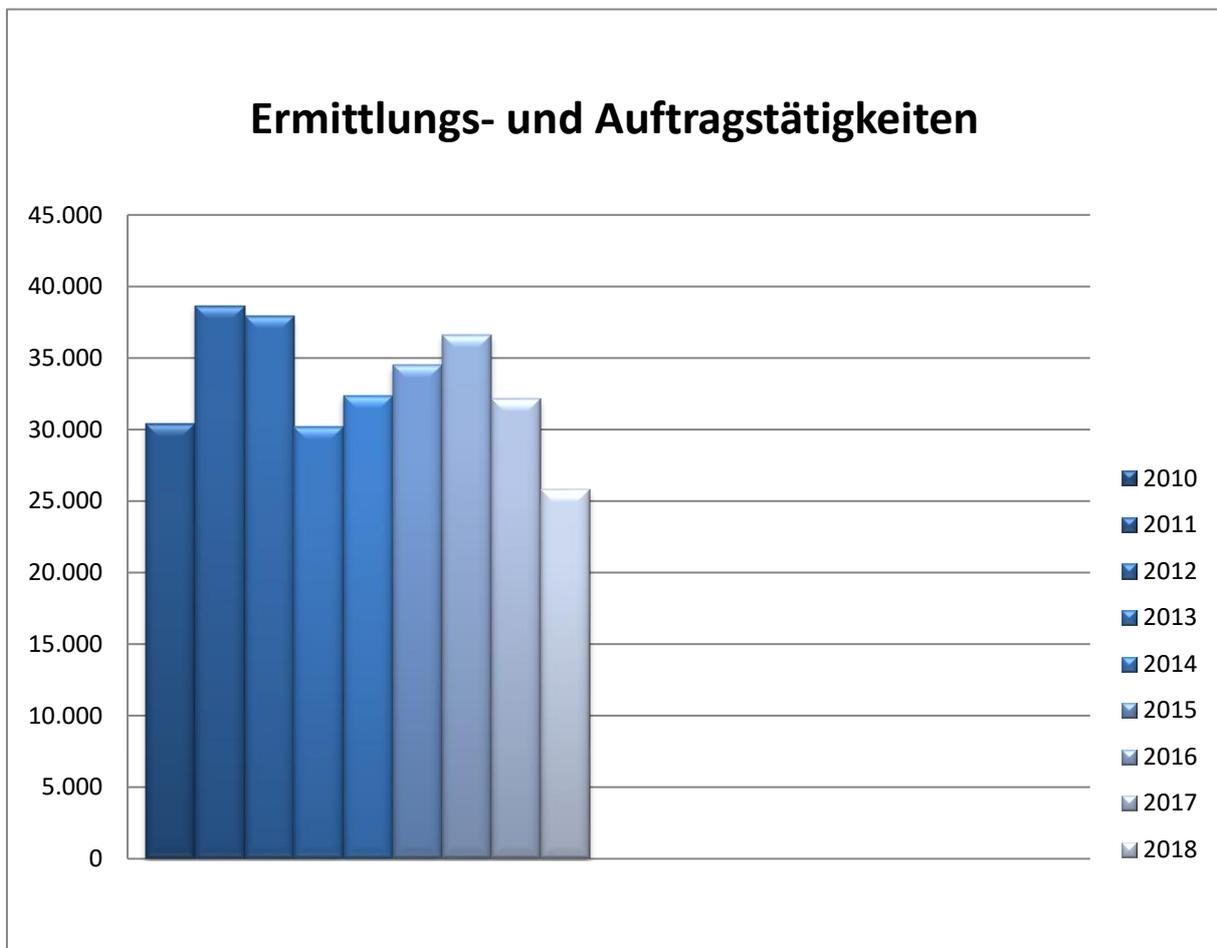


## Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten

Die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. Ablösung des Hess. Freiheitsentziehungsgesetzes durch das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, Verlagerung der Abschiebetätigkeit zum Regierungspräsidium Darmstadt) hat Aufgabenfelder in den Hintergrund treten lassen, die vormals einen erheblichen Einfluss auf die Ermittlungsstunden genommen haben.

Auf der anderen Seite sind zeitaufwendige Aufgaben hinzugetreten (z. B. Einführung Prostituiertenschutzgesetz), die einen hohen Nachbereitungsaufwand im Innendienst verursachen. Dies alles ist ursächlich dafür, dass die Ermittlungsstunden im Außendienst um rund ein Viertel gesunken sind.

Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
in Stunden	30.378	38.653	37.901	30.180	32.360	34.495	36.595	32.122	25.765



# **Fallzahlen nach Aufgabenbereichen**

## Kfz- und Wohnsitzermittlungen

Die Stadtpolizei nimmt Wohnsitzermittlungen für andere Behörden wahr, so dass sich deren Anzahl aus den zugelieferten Überprüfungsanträgen ergibt.

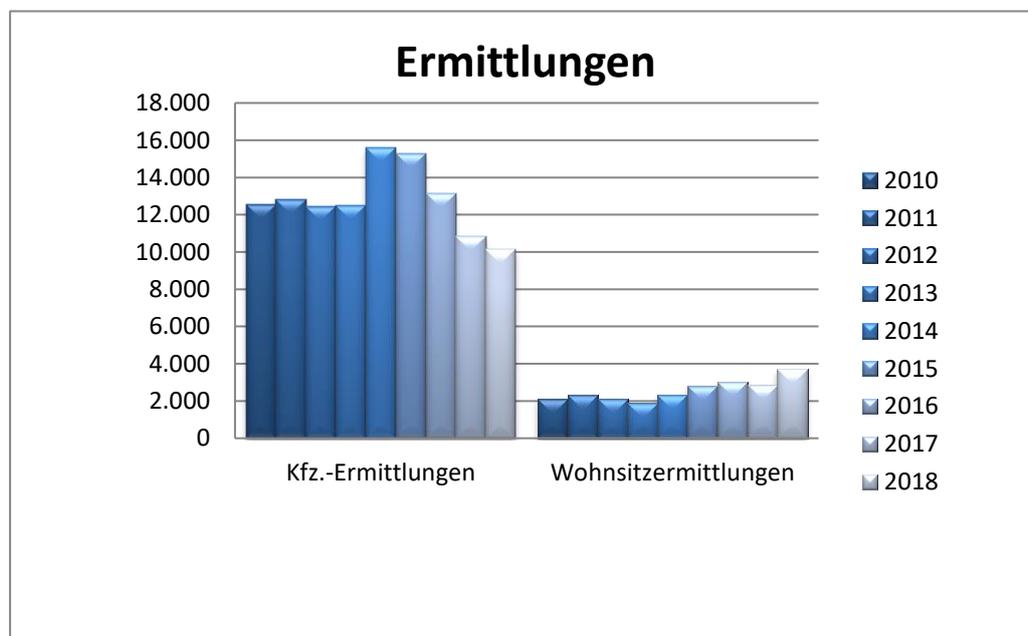
Der Anstieg in diesem Bereich ist auf die gestiegene Anzahl der Hinweise aufmerksamer Bürgerinnen und Bürger, Hausverwaltungen sowie dem Hotel- und Gaststättengewerbe zurückzuführen. Auch wurden den Einsatzkräften verstärkt direkt vor Ort Auffälligkeiten bzw. Veränderungen gemeldet.

Die Kfz.-Ermittlungen sind als Folge rückläufiger Ausschreibungen durch Versicherungsgesellschaften und Zollämter, wegen nicht geleisteter Kfz.-Steuer, leicht zurückgegangen.

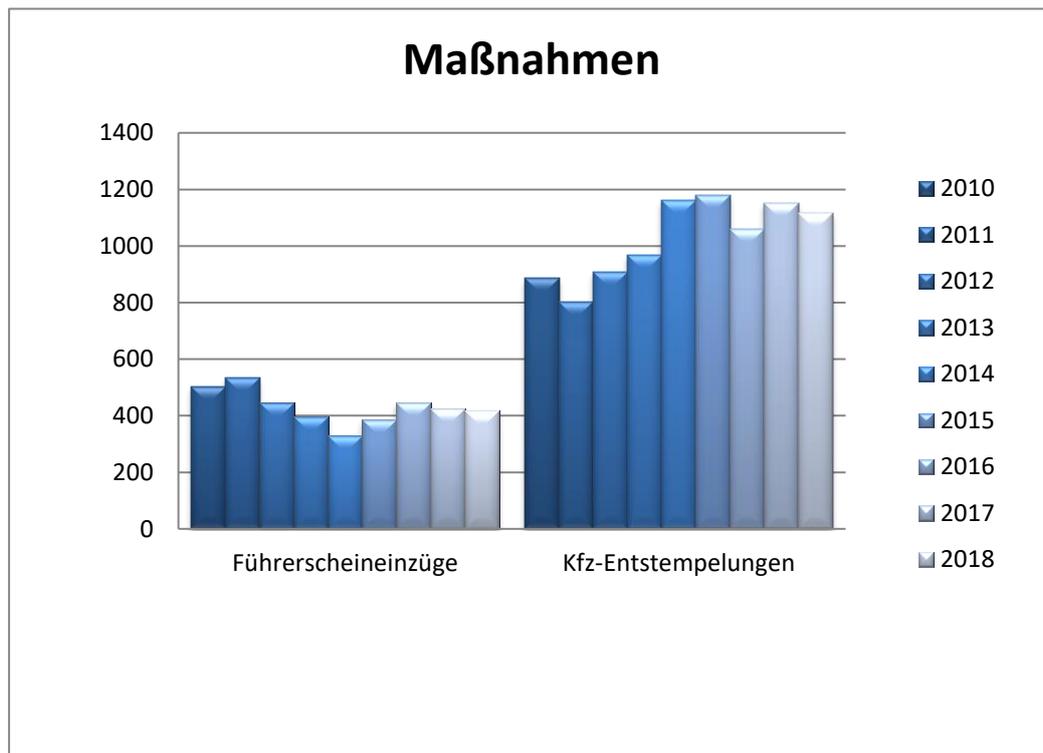
Die Zahl der Führerscheineinzüge hängt maßgeblich von den Meldungen der Behörden ab und hält sich auf gleichem Niveau wie in den Vorjahren.

Ermittlungen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>14.645</b>	<b>15.117</b>	<b>14.562</b>	<b>14.364</b>	<b>17.955</b>	<b>18.068</b>	<b>16.163</b>	<b>13.687</b>	<b>13.844</b>
Kfz-Ermittlungen*	12.528	12.807	12.432	12.476	15.602	15.252	13.159	10.814	10.125
Wohnsitz-ermittlungen	2.117	2.310	2.130	1.888	2.353	2.816	3.004	2.873	3.719

\*inkl. Nachermittlungen



Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
gesamt	1.391	1.335	1.354	1.365	1.491	1.736	1.505	1.576	1.537
Führerscheineinzüge	504	535	446	398	331	385	447	424	419
Zwangswise Außerbetriebsetzung von Kfz.	887	800	908	967	1.160	1.181	1.058	1.152	1.118

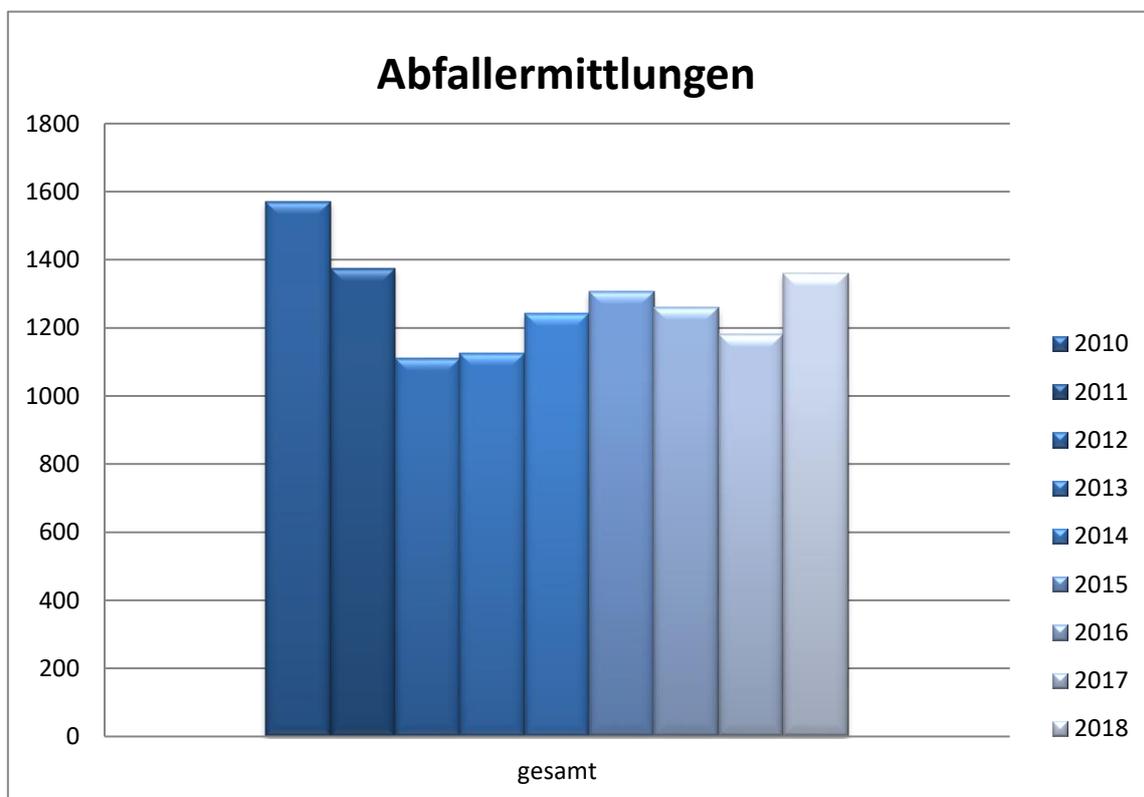


## Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht

Abfallermittlungen erfolgen insbesondere aufgrund von Hinweisen durch Bürgerinnen und Bürger, durch Meldungen der Stabstelle „Sauberes Frankfurt“ und natürlich auch aufgrund eigener Feststellungen im Rahmen der Streifentätigkeiten.

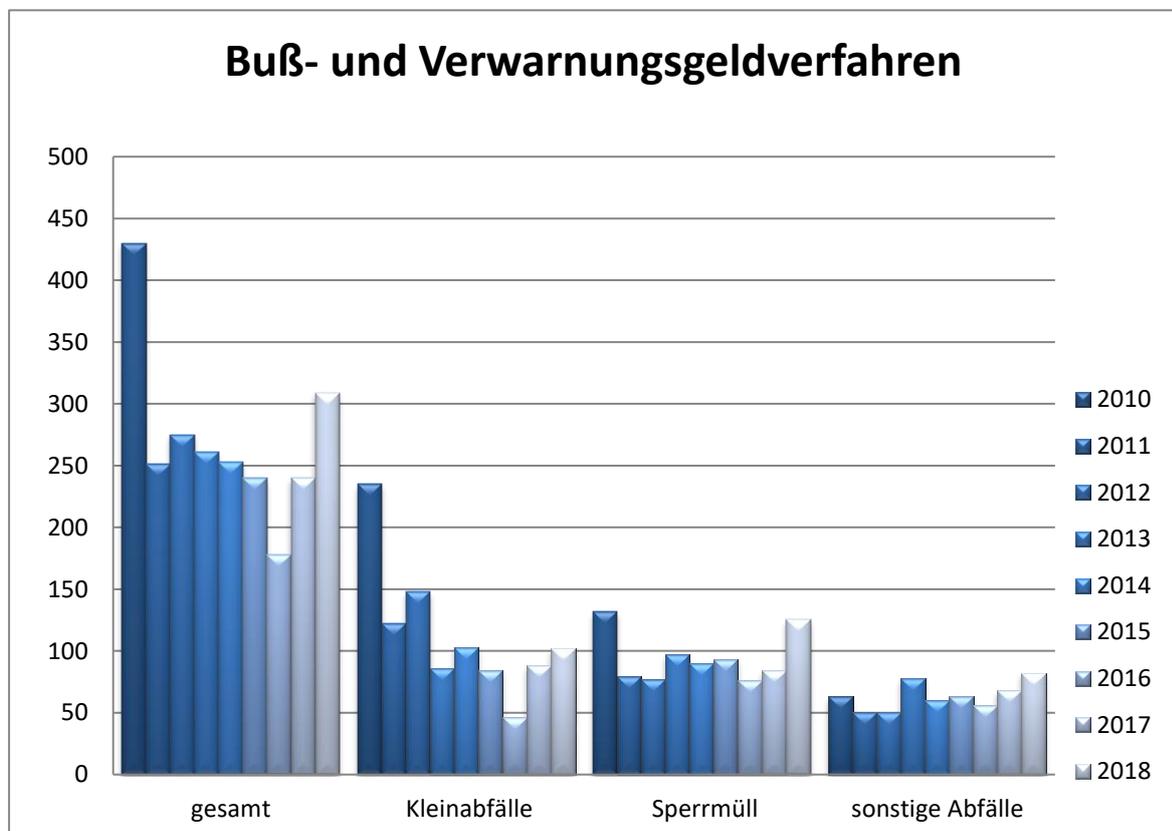
Der Anstieg der durch Dritte gemeldeten Fälle führte 2018 zur Erhöhung der Ermittlungen gegenüber 2017.

Abfallermittlungen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
gesamt	1.571	1.375	1.109	1.126	1.243	1.306	1.259	1.181	1.360



Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt, davon</b>	<b>430</b>	<b>251</b>	<b>275</b>	<b>261</b>	<b>253</b>	<b>240</b>	<b>178</b>	<b>240</b>	<b>309</b>
- Kleinabfälle	235	122	148	86	103	84	46	88	102
- Sperrmüll	132	79	77	97	90	93	76	84	125
- sonstige Abfälle	63	50	50	78	60	63	56	68	82

Die eingeleiteten Buß- und Verwarnungsgeldverfahren sind weiter angestiegen und erreichten den zweithöchsten Wert seit 2010. Der stärkste Anstieg ist bei den Sperrmüllermittlungen und den Kleinabfällen, vornehmlich in der verstärkt überwachten Innenstadt, zu verzeichnen.

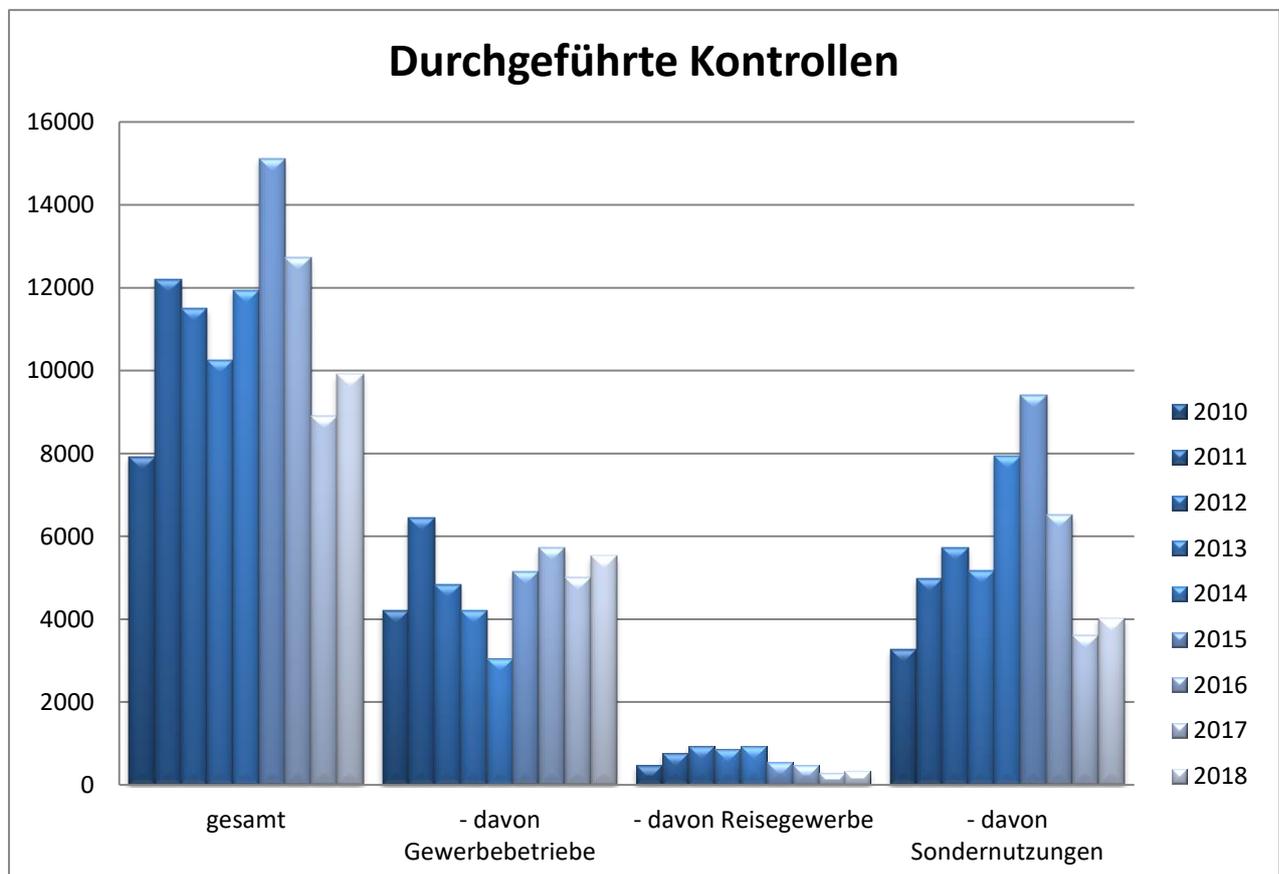


## Gewerbeüberwachung und Sondernutzungskontrollen

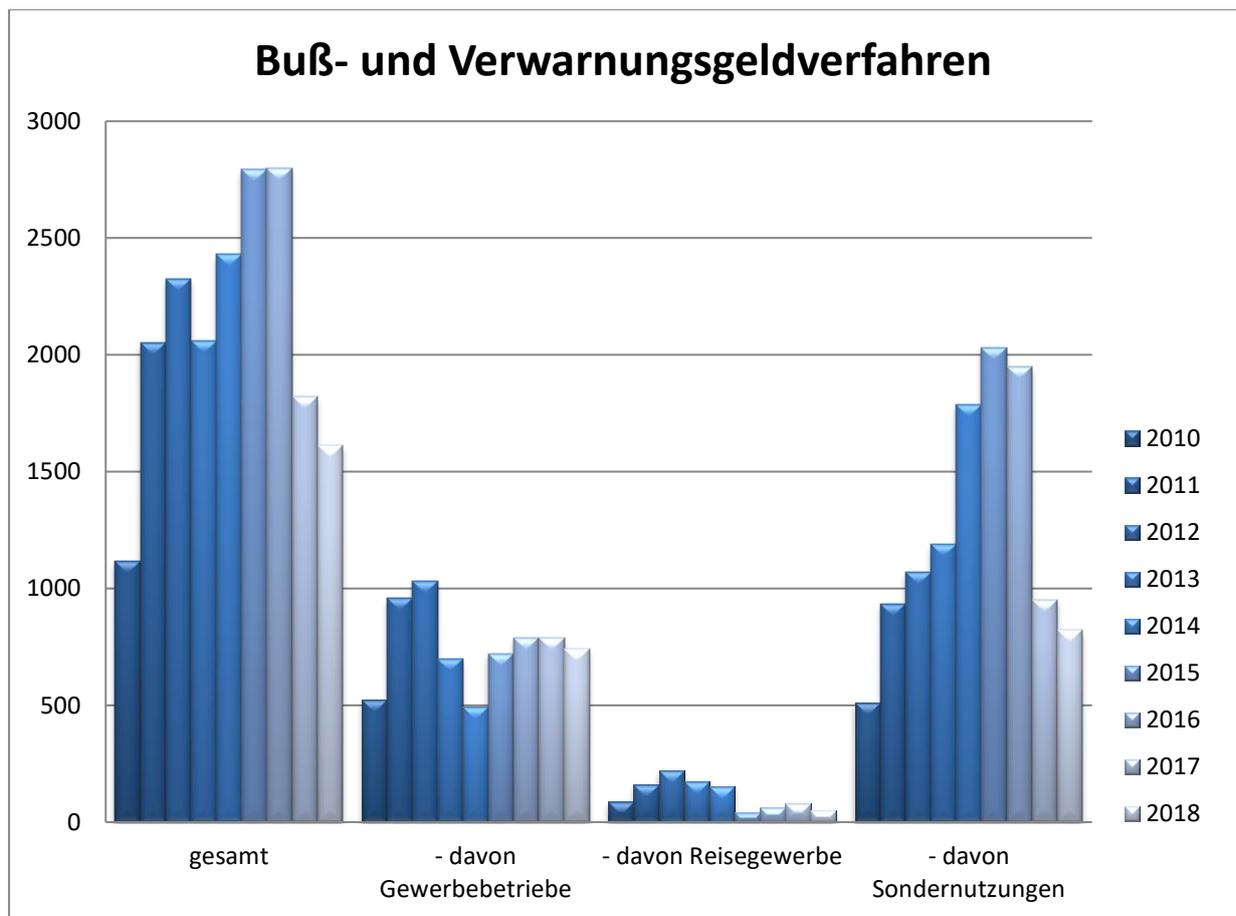
Die Priorisierung der Aufgabenschwerpunkte im Bereich der Innenstadt und im Bahnhofsgelände sowie die weitere intensive Durchführung von Kontrollen von Geld- und Unterhaltungsspielspielgeräten, führten zu einem Anstieg der Überprüfungen. Ebenso wurden Verstöße gegen die Sondernutzung verstärkt überprüft.

Trotz der verstärkten Kontrollmaßnahmen ist ein Rückgang der eingeleiteten Buß- und Verwarnungsgeldverfahren zu verzeichnen. Die Häufigkeit der Kontrollen und das konsequente Ahnden der Ordnungswidrigkeiten führten 2018 zu einem Rückgang der eingeleiteten Verfahren. Es zeigt sich, dass nachhaltige Kontrollen zu einer besseren Beachtung der Vorschriften bei den Gewerbetreibenden führen.

Durchgeführte Kontrollen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt, davon</b>	<b>7.926</b>	<b>12.192</b>	<b>11.507</b>	<b>10.261</b>	<b>11.941</b>	<b>15.115</b>	<b>12.725</b>	<b>8.903</b>	<b>9.918</b>
- Gewerbebetriebe	4.200	6.443	4.839	4.201	3.057	5.150	5.738	5.007	5.530
- Reisegewerbe	462	764	945	876	935	545	474	291	366
- Sondernutzungen	3.264	4.985	5.723	5.184	7.949	9.420	6.513	3.605	4.022



Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt, davon</b>	<b>1.118</b>	<b>2.052</b>	<b>2.325</b>	<b>2.061</b>	<b>2.430</b>	<b>2.794</b>	<b>2.801</b>	<b>1.822</b>	<b>1.613</b>
- Gewerbebetriebe	524	957	1.032	697	493	721	789	790	740
- Reisegewerbe	86	161	221	175	152	42	62	80	50
- Sondernutzungen	508	934	1.072	1.189	1.785	2.031	1.950	952	823

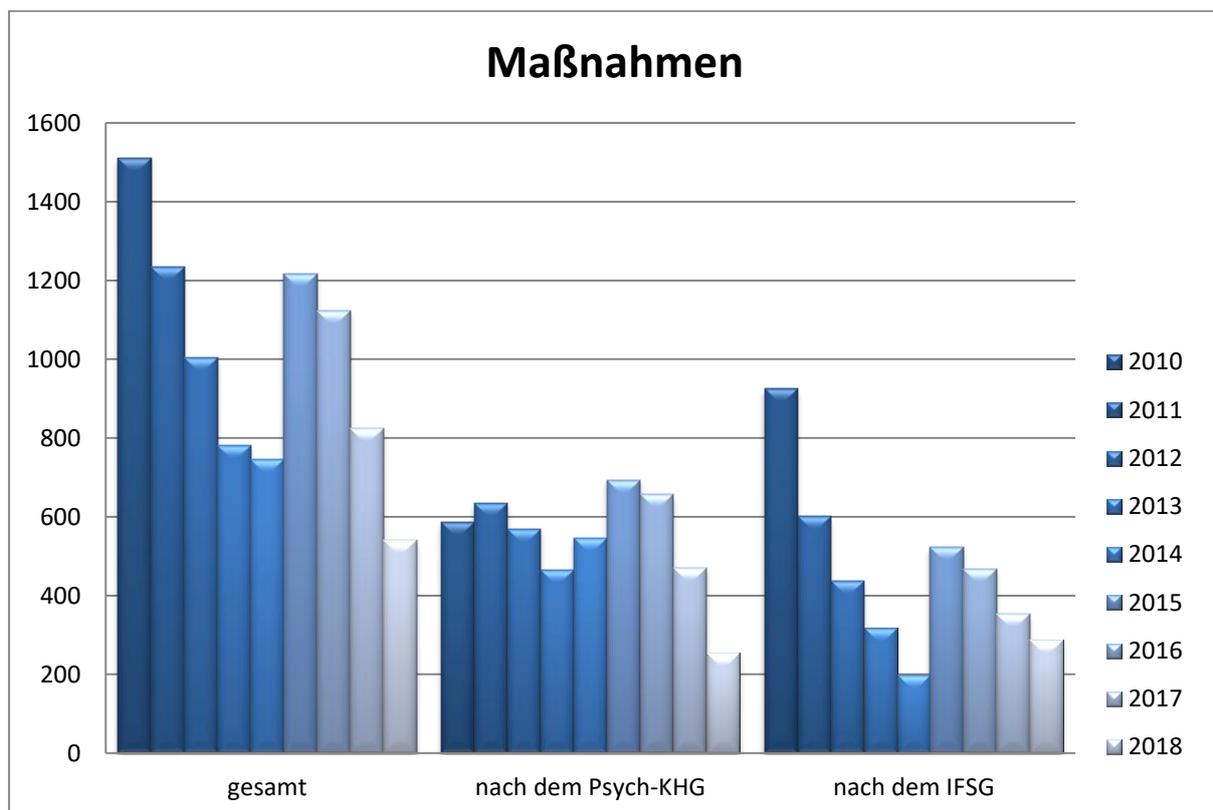


## Gesundheitsaufsicht

Die Anzahl der Maßnahmen nach dem Hessischen Gesetz über Hilfen bei psychischen Krankheiten (PsychKHG) ist nicht steuerbar, sondern richtet sich nach den Meldungen über gefährdete Personen seitens der Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber, der Landespolizei, der Sozialämter oder der Gerichte. Zusätzlich ist mit Einführung des PsychKHG die Zahl der Verbringungen aus dem allgemeinmedizinischen Bereich in die Psychiatrie auf Grund der nunmehr ärztlichen Entscheidungen zurückgegangen.

Ebenso nicht steuerbar ist die Anzahl der Maßnahmen nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen - Infektionsschutzgesetz (IfSG). Auch hier resultieren die Maßnahmen fast ausschließlich aus den eingehenden Hinweisen aus der Bevölkerung.

Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>1.511</b>	<b>1.235</b>	<b>1.005</b>	<b>782</b>	<b>745</b>	<b>1.216</b>	<b>1.123</b>	<b>823</b>	<b>541</b>
nach dem Psych-KHG	586	634	569	465	547	693	656	470	253
nach dem IFSG	925	601	436	317	198	523	467	353	288



## Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung

Bei den Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen ist festzustellen, dass sich die Einschleusung von Personen aus Drittstaaten und der Abschluss einer Scheinehe mit einem EU-Bürger bzw. einer EU-Bürgerin zur Sicherung eines dauerhaften Verbleibs in Deutschland verstärkt auf Schleuserbanden verschoben hat. Die dabei entstandenen kriminellen Strukturen sorgen für Großverfahren, die von der Landespolizei betrieben werden.

„Privat vermittelte“ Scheinehen außerhalb dieser Strukturen, die von der Stadtpolizei verfolgt werden, haben dadurch erheblich nachgelassen, so dass die hiesigen Überprüfungsverfahren um rund ein Viertel zurückgegangen sind. Hier handelt es sich vielfach um Personen, die sich bereits seit Jahren in Deutschland aufhalten und denen nach Ablauf des Aufenthaltsverfahrens die Abschiebung droht.

Die Zahl der eingeleiteten Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz ist im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin sehr hoch, da viele Asylbewerber nach rechtskräftiger Ablehnung ihres Verfahrens der Verpflichtung zur Ausreise nicht nachkommen. Auch werden verstärkt im Rahmen anderer Kontrollmaßnahmen der Stadtpolizei Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz festgestellt.

Die Anzahl an Abschiebungen durch die Stadtpolizei ist weiter gesunken, da ab dem 01.07.2018 aufgrund ministerieller Neuregelung nur noch das Regierungspräsidium Darmstadt für die Abschiebungen verantwortlich ist und für die Durchführung der Abschiebungen fast ausschließlich die Landespolizei zuständig ist.

Maßnahmen	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>896</b>	<b>781</b>	<b>801</b>	<b>729</b>	<b>636</b>	<b>683</b>	<b>816</b>	<b>704</b>
Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen	90	56	65	91	67	37	67	53
Eingeleitete Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz	466	346	437	441	449	485	583	570
Strafverfahren gegen Arbeitgeber/-innen wg. illegaler Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger	54	78	93	67	37	64	91	46
Abschiebungen durch die Stadtpolizei	286	301	206	130	83	97	75	35 (bis 01.07.)

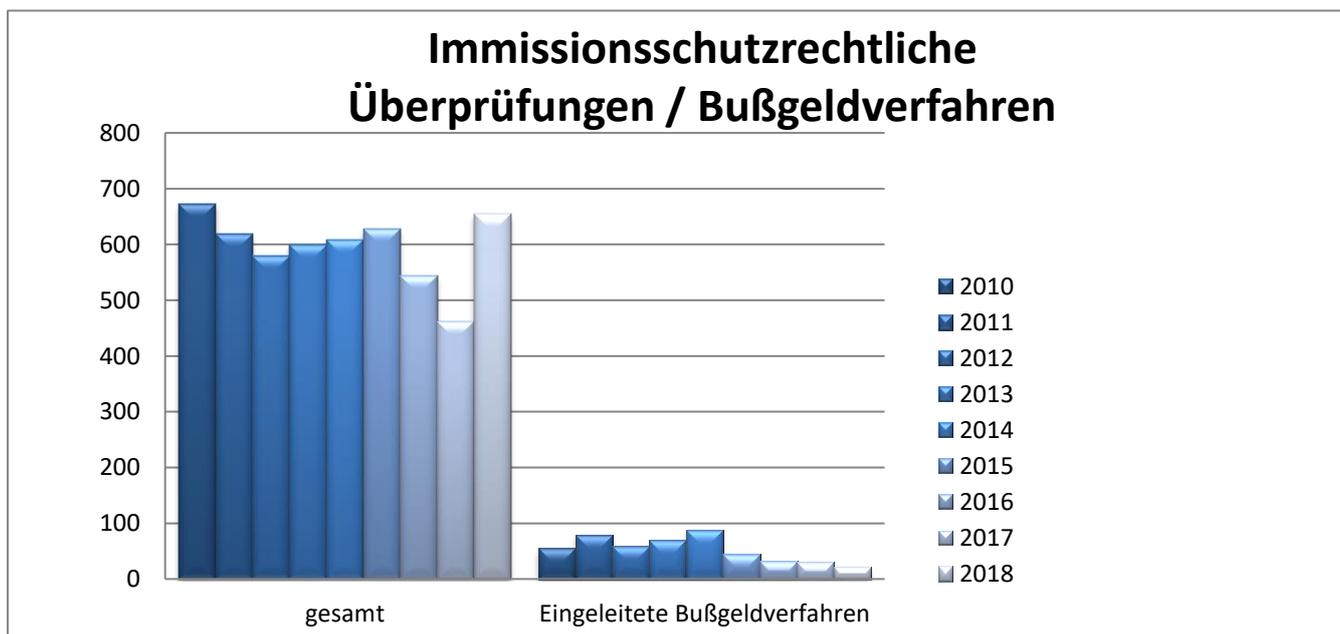
## Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen

Die Gesamtzahl der immissionsschutzrechtlichen Überprüfungen in Gaststätten resultiert aus den Aufträgen der für diese Gewerbebetriebe zuständigen Abteilung 2 des Ordnungsamtes sowie den eingehenden Bürgerbeschwerden. Überdies sind dort Überprüfungen zu den Anträgen der Gewerbetreibenden zum Veranstanen von „Public Viewings“ anlässlich der WM 2018 enthalten.

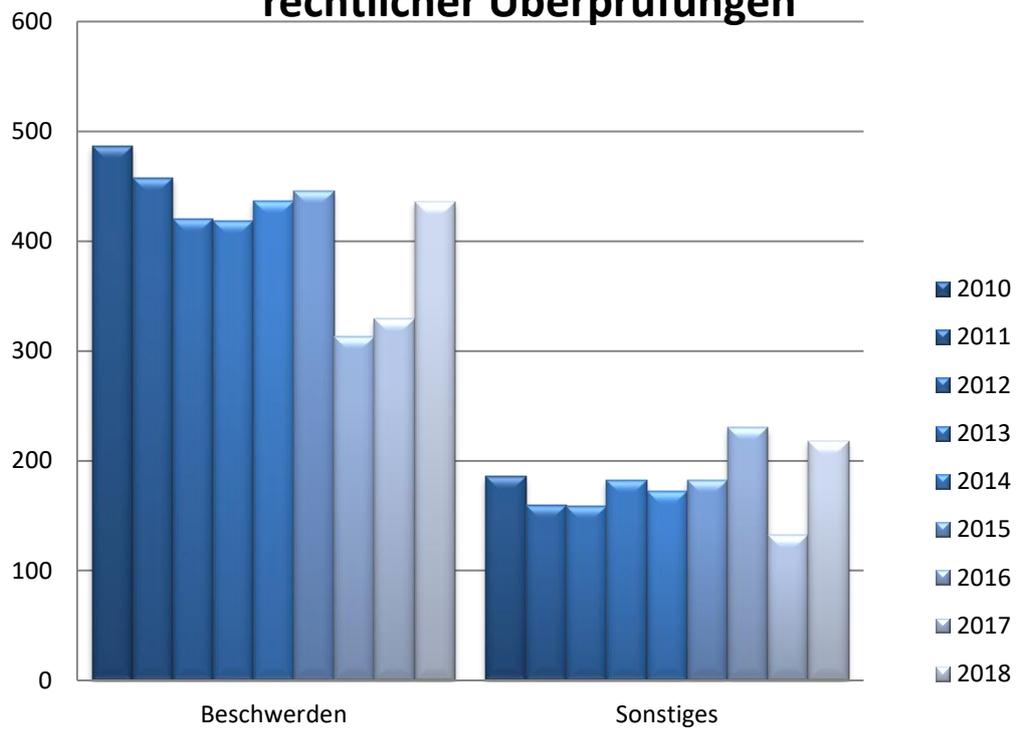
Um gesundheitliche Gefährdungen für die Gäste ausschließen zu können, wurden im vergangenen Jahr sämtliche Shisha-Bars Frankfurts im Rahmen von gezielten Großkontrollen mehrfach kontrolliert. Hieraus resultiert die erhebliche Steigerung der Kontrollen in diesem Bereich.

Der Rückgang der eingeleiteten Bußgeldverfahren ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die neu angemeldeten Gewerbebetriebe zunächst keine Auflagen erhalten. Die Betriebe müssen erst mehrfach negativ in Erscheinung treten, bis Auflagen verfügt werden. Erst dann kommt es zu Kontrollen und ggf. zur Einleitung von Bußgeldverfahren.

Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen in Gaststätten	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>672</b>	<b>618</b>	<b>579</b>	<b>600</b>	<b>609</b>	<b>628</b>	<b>543</b>	<b>461</b>	<b>654</b>
aufgrund von Beschwerden	486	458	420	418	437	446	313	329	436
Bauvorprüfungsverfahren, Shisha-Bars, Präventivkontrollen etc.	186	160	159	182	172	182	230	132	218
Eingeleitete Bußgeldverfahren	55	79	59	70	88	45	32	31	22
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen bei Veranstaltungen	62	56	86	95	97	77	83	72	96



## Gründe immissionsschutzrechtlicher Überprüfungen



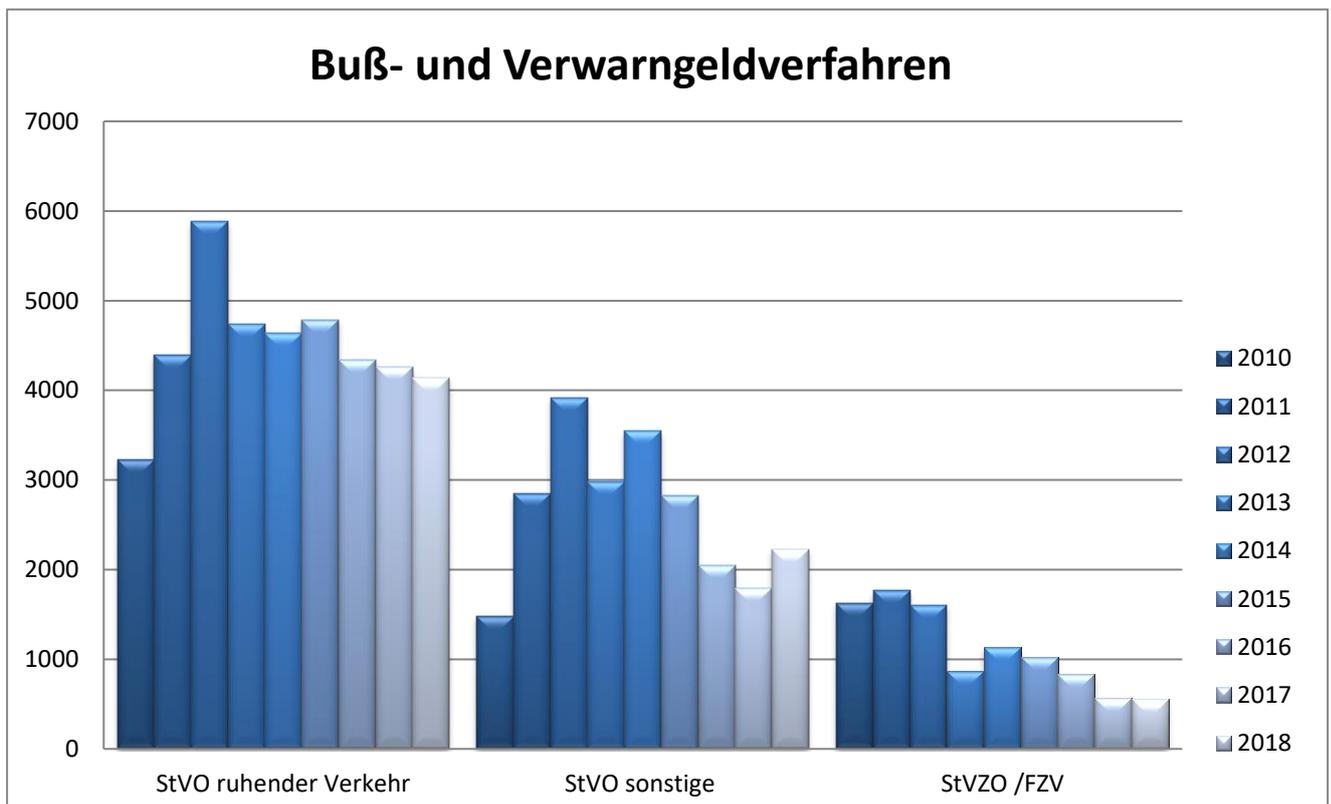
# **Besondere Tätigkeiten und Einsatzmaßnahmen**

## Verstöße rund ums Auto

Da die Stadtpolizei in erster Linie für die Sicherheit und Ordnung in Frankfurt am Main zuständig ist, erfolgt die Durchführung der notwendigen Maßnahmen in diesem Feld nur im Falle akuter Feststellungen. Die städtische Verkehrspolizei, die dem Straßenverkehrsamt zugeordnet ist, kontrolliert und beordert den ruhenden Verkehr.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die durch die Stadtpolizei erzielten Zahlen beim ruhenden Verkehr nahezu konstant geblieben und bewegen sich seit 2013 auf ähnlichem Niveau.

Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Ruhender Verkehr (Falschparken), davon:	<b>3.224</b>	<b>4.391</b>	<b>5.888</b>	<b>4.738</b>	<b>4.637</b>	<b>4.788</b>	<b>4.343</b>	<b>4.260</b>	<b>4.140</b>
- im öffentlichen Straßenverkehr	2.574	2.854	3.609	2.451	2.224	2.828	2.049	2.522	2.390
- in Grünanlagen	355	1.035	1.575	1.503	1.273	1.019	831	804	800
- auf Feld- und Forstwegen	295	502	704	784	1.140	941	1.463	934	950
StVO sonstige (ohne Führerschein, Telefonieren, Feinstaubplakette usw.)	1.482	2.847	3.919	2.977	3.545	3.182	2.503	1.796	2.228
StVZO/FZV (entstempelte Kfz., Fahrzeugmängel usw.)	1.625	1.769	1.603	863	1.131	1.346	926	571	553

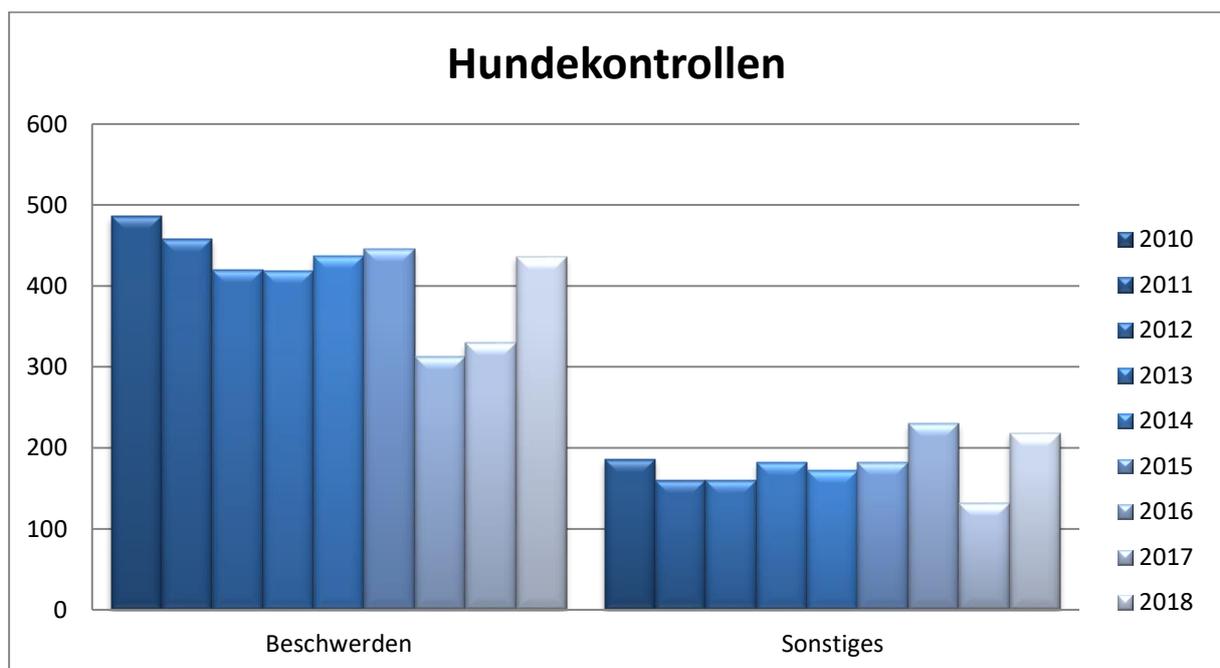


## Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden

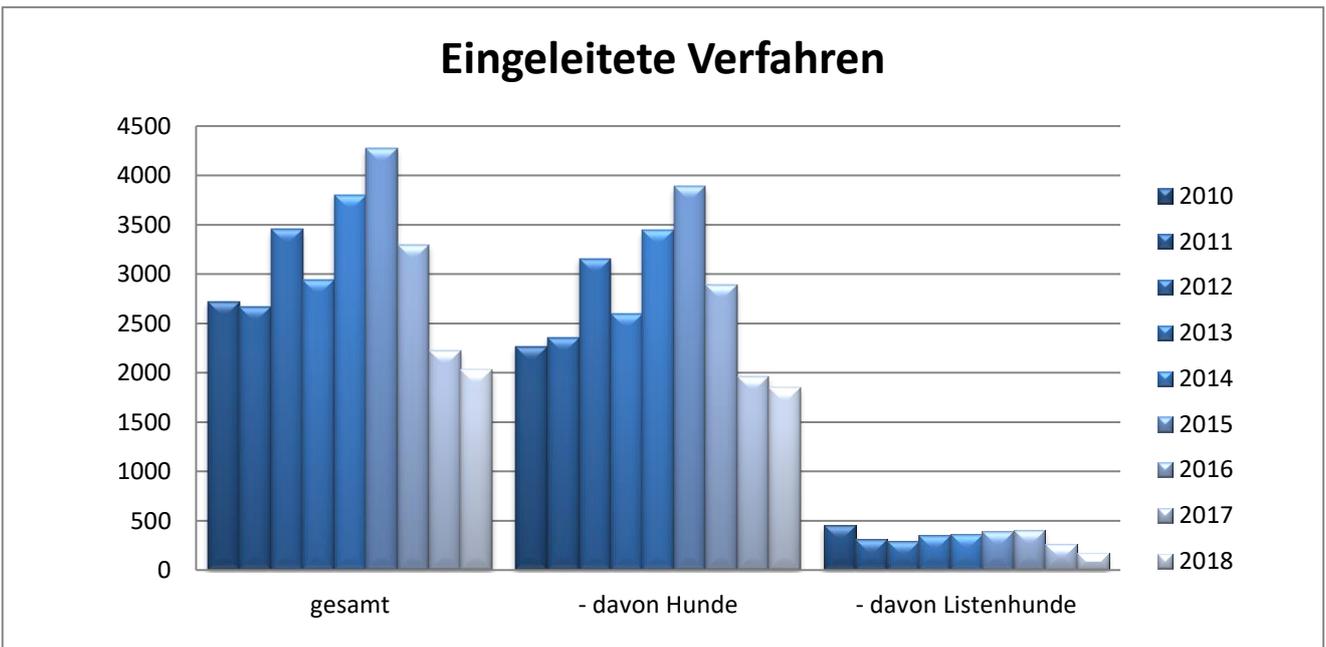
Die Kontrollen von Hunden, einschließlich gefährlicher Hunde, wurden durch die Verlagerung der bereits dargelegten Aufgabenschwerpunkte reduziert und erfolgten vornehmlich anlassbezogen.

Im Bereich der Listenhunde ist ein leichter Anstieg der eingeleiteten Bußgeldverfahren und in Abhängigkeit der Kontrollen, eine überdurchschnittliche Erhöhung der Beanstandungsquote feststellbar. Daher wird die Stadtpolizei auch weiterhin den Schwerpunkt in diesem Aufgabenfeld auf die Kontrolle von Listenhunden setzen.

Hundekontrollen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt, davon</b>	<b>2.724</b>	<b>2.667</b>	<b>3.455</b>	<b>2.944</b>	<b>3.804</b>	<b>4.279</b>	<b>3.298</b>	<b>2.222</b>	<b>2.027</b>
- Hunde	2.269	2.356	3.158	2.593	3.441	3.889	2.892	1.956	1.854
- Listenhunde	455	311	297	351	363	390	406	266	173



Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren gegen Halter/-innen bzw. Führer/-innen von	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>305</b>	<b>248</b>	<b>334</b>	<b>316</b>	<b>562</b>	<b>326</b>	<b>249</b>	<b>230</b>	<b>216</b>
Hunden	140	132	208	186	352	202	137	150	127
Listenhunden	165	116	126	130	210	124	112	80	89



Beanstandungsquote in % (Bußgeldverfahren/Kontrollen)	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Halter/innen von Hunden	6,2	5,6	6,6	7,2	10,2	5,2	4,7	7,7	6,9
Halter/innen von Listenhunden	36,3	37,3	42,4	37,0	57,9	34,2	27,6	30,1	51,2

Sicherstellungen von Hunden	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Sicherstellungen gesamt	96	82	68	82	71	68	53	48	48

## Waffenkontrollen

Die Vervollständigung des zentralen nationalen Waffenregisters und die damit einhergehende Bereinigung des Waffenbestandes sind abgeschlossen. Dementsprechend verringerte sich auch die Anzahl der Kontrollen der Waffenbesitzer, da nunmehr fast alle in diesem Kontext kontrolliert worden sind.

Die Beanstandungsquote hat sich nach Abschluss der Überprüfungen im Zusammenhang mit dem nationalen Waffenregister relativiert.

Waffenkontrollen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt, davon</b>	<b>167</b>	<b>199</b>	<b>172</b>	<b>44</b>	<b>81</b>	<b>188</b>	<b>320</b>	<b>265</b>	<b>95</b>
ohne Beanstandungen	161	196	164	43	77	139	262	145	76
mit Beanstandungen	6	3	8	1	4	49	58	80	19

Freiwillige Abgabe von Waffen/Munition	2010*	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Langwaffen	-	38	66	37	49	135	64	43	21
Kurzwaffen	-	22	76	41	44	95	105	66	18
Munition (in Schuss)	-	2.000	7.300	10.266	3.011	17.909	11.547	6.394	5.762

\* Die Erfassung erfolgt seit dem Jahr 2011

## Testkäufe Alkohol

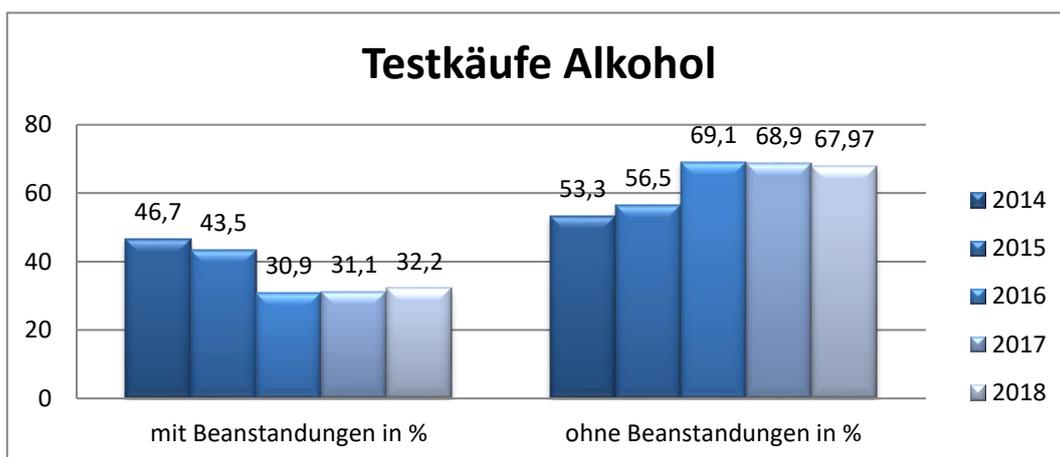
In Zusammenarbeit von Stadtpolizei, Präventionsrat sowie Jugend- und Sozialamt werden seit 2014 in Frankfurt am Main Alkohol-Testkäufe mit Jugendlichen Testkäufern durchgeführt. In jeweils ausgewählten Stadtteilen werden Jugendliche eingesetzt, die in Lebensmittelmärkten, Kiosken, Tankstellen und sonstigen Verkaufsstellen Alkohol erwerben wollen. Dabei werden sie durch besonders beschulte Stadtpolizistinnen und -polizisten begleitet.

Die Ziele dieser „Testkäufe Alkohol“ sind Prävention, Aufklärung, Sensibilisierung und die nachhaltige Verbesserung hinsichtlich der illegalen Abgabe von Alkohol an Jugendliche durch Verkaufsstellen.

Das Gesamtergebnis der Beanstandungen liegt prozentual auf gleichem Niveau wie im Jahre 2017. Die bis dato erzielte positive Verhaltensänderung bei vielen Gewerbetreibenden soll durch die Weiterführung der Kontrollen, welche auch in der breiten Bevölkerung Anerkennung finden, ausgebaut und gefestigt werden.

### Gegenüberstellung 2014 - 2018 in Zahlenwerten gesamt:

Testkäufe Alkohol	2014	2015	2016	2017	2018
Kontrollen gesamt	152	161	162	180	153
Beanstandungen	71	70	50	56	49
Ohne Beanstandungen	81	91	112	124	104



## Besondere Einsatzmaßnahmen

### **Einrichtung einer speziellen Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung des illegalen Glücksspiels**

Durch ein Strafverfahren, das bei der Kriminaldirektion des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main geführt wird, wurde bereits im Mai 2017 die Stadtpolizei um spezielle Ermittlungen zur Feststellung von Manipulationen an Geldspielgeräten sowie des unerlaubten Glücksspiels in eigener Zuständigkeit mit den Schwerpunkten „Gewerbe-, Gaststätten- und Spielrecht“ ersucht.

Aus den umfangreichen Ermittlungen in diesem Verfahren konnte eine Vielzahl von weiteren Beschuldigten, Gaststätten und Betrieben ermittelt werden, die teilweise weit über das Stadtgebiet Frankfurt hinaus Geld- und Unterhaltungsspielautomaten selbst oder über Mittelsmänner illegal aufgestellt und betrieben haben.

Darüber hinaus wurde über das Ursprungsverfahren der Polizei hinaus festgestellt, dass auch andere Gaststätten und Betriebe in Frankfurt illegale Geld- und Unterhaltungsspielautomaten aufgestellt haben und betreiben.

Daher wurde eine Arbeitsgruppe (AG Geldspielgeräte – AG GSG) gebildet, die ausschließlich Ermittlungen rund um Geld- und Unterhaltungsspielautomaten durchführt.

Durch diese konzentrierte Bearbeitung konnten sowohl im Rahmen des eingangs erwähnten Großverfahrens als auch aufgrund eigener Ermittlungen umfangreiche Sicherstellungen vorgenommen werden.

Im Jahr 2018 wurden:

- 280 Kontrollen durchgeführt,
- 14 Strafverfahren und
- 147 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet,
- 104 Geld- und Unterhaltungsspielgeräte als Beweismittel sichergestellt,
- 13 Gaststätten- und Gewerbebetriebe, hiervon 2 dauerhaft, geschlossen.

Neben diesen Ergebnissen konnten umfangreiche Bußgelder verhängt und für das Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main rund 1,5 Mio. Euro an Geldspielgerätsteuer erhellt und in gemeinsamen Vollstreckungen teilweise eingezogen werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Arbeit der „AG Geldspielgeräte“ konsequent fortgesetzt, um die „illegale Glücksspielszene“ in Frankfurt nachhaltig zu bekämpfen.

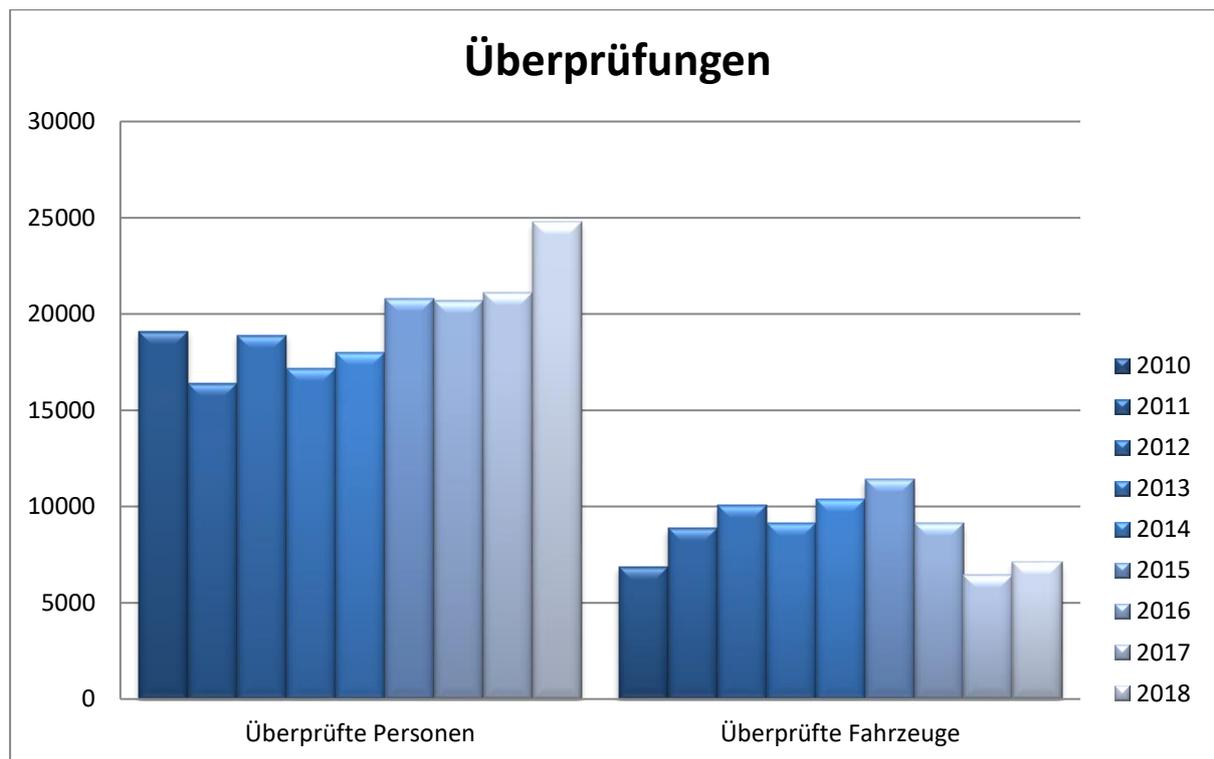
# **Repressive Maßnahmen**

## Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen

Die Anzahl überprüfter Personen hat einen neuen Höchststand seit dem Erfassungsbeginn im Jahr 2010 erreicht. Der bisherige Topwert des Jahres 2017 wurde sogar noch einmal um 17,5% übertroffen. Hier spielten vor allem die vielen Kontrollen im Innenstadt- und Bahnhofsbereich eine große Rolle, während sich die Überprüfungszahlen in den übrigen Stadtteilen nur wenig verändert haben.

Bei den überprüften Fahrzeugen war wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Auffällig waren hier die deutlich gestiegenen Verstöße gegen Zeichen 267 (Verbot der Einfahrt), wenn diese an mobilen Baustellen eingerichtet wurden. Darüber hinaus wurden täglich mehrere Fahrzeuge entdeckt, die ohne gültige Zulassung im öffentlichen Verkehrsraum abgestellt wurden und in vielen Fällen auch noch Betriebsstoffe verloren.

Überprüfungen durch die Stadtpolizei	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Überprüfte Personen	19.091	16.377	18.900	17.184	17.994	20.789	20.689	21.084	24.785
Überprüfte Fahrzeuge	6.854	8.861	10.062	9.122	10.381	11.409	9.140	6.430	7.124



## Sonstige repressive Maßnahmen

Die seit zwei Jahren sehr hohen Werte im Bereich „Allgemeine Gefahrenabwehr“ sind insbesondere durch die intensiven Maßnahmen im Innenstadtbereich zu erklären. Hierunter fallen u.a. polizeiliche Weisungen an aggressive Bettler oder beharrliche Straßenmusikanten, einen Ortswechsel vorzunehmen und der Platzverweis.

Der leichte Rückgang im Bereich „Allgemeinen Gefahrenabwehr“ bei gleichzeitigem Anstieg der Platzverweise von 2017 nach 2018 erklärt sich dadurch, dass die Akzeptanz der Betroffenen gegenüber stadtpolizeilichen Maßnahmen nachlässt, obwohl Verstöße der Rechtsordnung offenkundig sind. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen, wonach der Respekt gegenüber Einsatzkräften (Polizei, Stadtpolizei, Feuerwehr) sinkt und die Widerstandshandlungen zunehmen; eine Entwicklung, die auch die Stadtpolizei mit Sorge verfolgt.

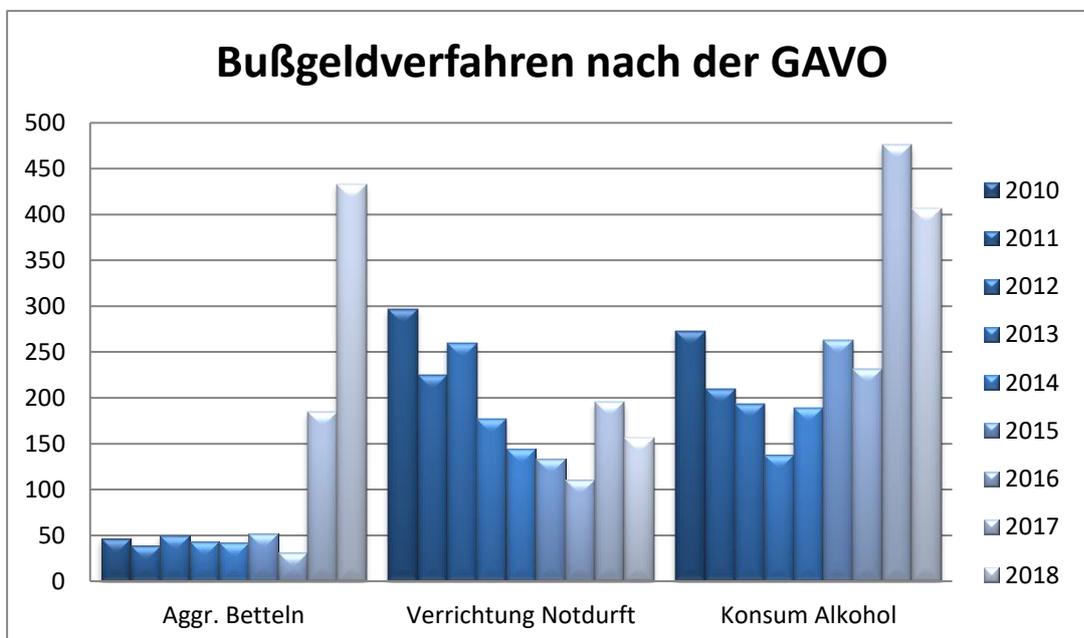
Sonstige repressive Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>19.846</b>	<b>21.014</b>	<b>23.587</b>	<b>16.421</b>	<b>18.498</b>	<b>23.649</b>	<b>22.194</b>	<b>26.601</b>	<b>25.757</b>
Ermahnungen/Belehrungen/ Allgemeine Gefahrenabwehr	2.460	2.759	3.080	1.859	1.993	5.205	5.661	9.920	8.623
Barverwarnungen	1.178	1.021	1.001	581	763	586	507	616	780
Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	13.541	15.950	18.022	13.010	14.760	16.537	14.744	13.666	13.943
Platzverweise	1.823	506	833	398	422	634	456	1.083	1.293
Sistierungen	554	456	338	306	308	368	402	783	561
Einlieferungen in die Haftzellen	110	127	82	77	78	74	83	131	80
Sicherstellungen (ohne Hunde + Führerschein)	180	195	231	190	174	245	341	402	477

## Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung

Die Anzahl an Bettlerinnen und Bettlern verharrt, gerade in den Fußgängerzonen, weiter auf hohem Niveau. Das sog. „stille Betteln“ stört viele Passanten, stellt aber keinen Verstoß gegen die Rechtsordnung dar und kann daher auch nicht sanktioniert werden. Anders verhält es sich, wenn Personen aggressiv angebettelt werden (durch Festhalten, in den Weg stellen, Beharrlichkeit) oder wenn Kinder beim Betteln beteiligt sind.

Im Jahr 2018 musste aus diesen Gründen in 433 Fällen ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden, wenngleich eine Vereinnahmung der Bußgelder, oft wegen eines fehlenden Wohnsitzes, nur in wenigen Fällen erfolgreich war. Eine Steigerung der Anzeigen in diesem Bereich von 134 Prozent macht das Fortführen der intensiven Überwachungsmaßnahmen im Innenstadtbereich weiter unumgänglich.

Eingeleitete Verwarnungs- und Bußgeldverfahren nach der GAVO	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Aggressives Betteln oder Betteln mit oder durch Kinder	46	39	50	43	42	52	31	184	433
Verrichtung der Notdurft außerhalb von Bedürfnisanstalten	297	225	260	177	144	133	111	195	156
Konsum von Alkohol	273	210	193	138	189	263	232	476	406



## Einleitung von Strafverfahren durch die Stadtpolizei

Auch im vergangenen Jahr bildeten die Anzeigen nach dem Pflichtversicherungsgesetz das Gros stadtpolizeilicher Strafanzeigen. Viele Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter nehmen es mit der Versicherungspflicht der Fahrzeuge nicht so genau – im Schadensfall zum Nachteil des schuldlosen Unfallgegners.

Erfreulicherweise hat die Anzahl an Arbeitgebern, die illegal nichtdeutsche Personen beschäftigen, um die Hälfte nachgelassen. Die sehr uneinheitlichen Werte der vergangenen Jahre lassen eine prognostische Einschätzung einer zukünftigen Entwicklung nicht zu. Weitere Kontrolltätigkeiten in diesem Bereich werden daher notwendig sein, um dieser Art des Fehlverhaltens weiter Einhalt zu gebieten.

Strafanzeigen der Stadtpolizei (ohne Verstöße gegen das BtMG)	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>gesamt</b>	<b>1.025</b>	<b>991</b>	<b>941</b>	<b>1.078</b>	<b>753</b>	<b>1.275</b>	<b>3.122</b>	<b>3.797</b>	<b>3.611</b>
Aufenthaltsgesetz	651	466	346	437	441	449	485	583	570
Pflichtversicherungsgesetz	96	127	146	135	89	631	2.537	2.894	2.850
Strafverfahren gegen Arbeitgeber/-innen wegen illegal. Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger	25	54	78	93	67	37	64	91	46
Urkundenfälschung	17	148	160	250	20	22	26	19	29
Verbotene Prostitution § 184 f StGB	35	20	17	7	14	11	5	6	0
Umweltgefährdende Abfallbeseitigung	7	35	24	15	27	40	23	23	15
Verkehrsstraftaten	16	31	27	16	7	10	16	7	22
Sonstige (z.B. Steuerhinterziehung, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Betrug, Siegelbruch, Fischwilderei)	146	82	107	88	77	74	86	172	79

# Die Wachen der Stadtpolizei



## Innenstadtstation

Hauptstation, B-Ebene  
60311 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 212 40440  
Telefax +49 (0)69 212 35639

Öffnungszeiten Mo – Fr 09 – 21 Uhr  
Sa 11 - 17 Uhr



## Wache West

Albanusstraße 38  
65929 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 212 40444  
Telefax +49 (0)69 212 45466

Öffnungszeiten Mo – Fr 08 – 20 Uhr